

Regierung setzt neue Integrationskommission ein

Der Kanton Graubünden verstärkt seine Bemühungen zur Integration der ausländischen Wohnbevölkerung. Die Bündner Regierung hat dazu eine neue Integrationskommission eingesetzt. Das breit abgestützte Fachgremium besteht aus 16 Mitgliedern und soll die Fachstelle Integration unterstützen und die Regierung beraten.

Mit der Verpflichtung, dass Bund, Kantone und Gemeinden die Integration der ausländischen Wohnbevölkerung fördern, wird Integration zu einer gesamtgesellschaftlichen und staatlichen Aufgabe. Im Kanton Graubünden bestimmt die Regierung die Förderbereiche und die strategische Ausrichtung der kantonalen Integrationsförderung. Dafür hat sie eine neue Integrationskommission eingesetzt. Als Fachgremium nimmt die Kommission unter der Leitung der kantonalen Integrationsdelegierten zu integrationsrelevanten Themen eine beratende Funktion ein und wirkt bei der Priorisierung der Handlungsfelder und Schwerpunkte der kantonalen Integrationsförderung mit. Zudem stellen die Kommissionsmitglieder die Kommunikation der Anliegen der Integrationsförderung in ihren Bereichen sicher und tragen dadurch eine fachlich fundierte Aussensicht in die kantonale Integrationsarbeit hinein.

Breit abgestützte Kommission

Um diese Aufgaben zu erfüllen, hat die Regierung eine breit abgestützte Kommission eingesetzt mit Vertreterinnen und Vertreter aus Gemeinden und Regionen, aus der Wirtschaft und Arbeitnehmerschaft, der Landeskirchen, von Verbänden, Vereinen und Institutionen, die im Bereich der Integration tätig sind. Bei der personellen Zusammensetzung achtete sie auf eine paritätisch ausgewogene, regional und sprachlich adäquate Vertretung sowie auf eine dem Kanton angemessene Ausländervertretung.

In die Integrationskommission wurden folgende 16 Mitglieder gewählt:

- Rolf Bless, Travail Suisse
- Ladina Campell, Lehrpersonen Graubünden
- Roland Clemenz, Leiter Sozialdienst, Gemeinde Davos
- Felix Dietrich, Hotelierverein Graubünden
- Dr. med. Urs Fischer, Bündner Ärzteverein
- Theo Haas, Verein Bündner Bürgergemeinden
- Hanim Kurt, Sozialpädagogin und Dolmetscherin, Gemeinde Chur
- Veronika Maier, Caritas Graubünden
- Marijan Marijanovic, Interkulturelle Bibliothek
- Anabel Marujo, Portugiesische Elternkommission Davos
- Nicola Passini, Gemeindeschreiber, Gemeinde Poschiavo
- Franziska Ramming, Frauenzentrale Graubünden
- Elisabeth Schnellmann, Gemeinderätin, Schulratspräsidentin Thusis
- Thangarajah Sivalingam, Tamilischer Verein Chur
- Daniela Troxler, Evang.- Ref. Landeskirche Graubünden
- Pfarrer Thomas Widmer, Tourismusgemeinden Graubünden (St. Moritz, Silvaplana, Sils i.E., Zuoz, Celerina, Klosters, Vaz/Oberbaz, Flims, Arosa, Vals und Samedan)

Integrationsförderung im Kanton Graubünden

Mit dem Einführungsgesetz zur Ausländer- und Asylgesetzgebung, das am 1. August 2009 in Kraft getreten ist, wurden die erforderlichen Rechtsgrundlagen für die Integration von Ausländerinnen und Ausländern im Kanton Graubünden geschaffen. Integrationsförderung wird darin als Querschnittsaufgabe beschrieben, die dem Bund, dem Kanton und den Gemeinden obliegt und nach dem Grundsatz "Fördern und Fordern" ausgerichtet ist. Das Einführungsgesetz regelt zudem die Zuständigkeit der Integrationsförderung im Rahmen der Regelstrukturen. Für spezifische Integrationsförderungsmassnahmen können der Kanton und die Gemeinden finanzielle Beiträge ausrichten.

Regierungsmitteilung der Standeskanzlei Graubünden, 7000 Chur

Die Umsetzung sowie die Koordination der kantonalen Integrationsförderung liegt in der Verantwortung des Kantons und der Gemeinden. Um die zahlreichen damit verbundenen Aufgaben zu erfüllen, wurde per 1. August 2009 unter der Leitung der kantonalen Integrationsdelegierten die Fachstelle Integration geschaffen. Ziel ist es, eine aktive Integrationsförderung zu betreiben, Ausländerinnen und Ausländer angemessen über die Lebens- und Arbeitsbedingungen in der Schweiz zu informieren, die Vernetzung und Koordination der für die Integration relevanten Akteure und Projektträger sicherzustellen sowie mit den Gemeinden zusammenzuarbeiten.

Bilanz für das Jahr 2009

Eine erste Bilanz der Tätigkeiten und Aktivitäten der Fachstelle Integration für das Jahr 2009 ergibt Folgendes:

- Im Rahmen der Integrationsförderung der ausländischen Wohnbevölkerung wurden insgesamt 27 Integrationsprojekte bewilligt, an denen rund 600 Personen teilnahmen. Davon waren 16 Sprach- und Bildungsangebote, wie z.B. Alphabetisierungskurse, niederschwellige Sprachkurse, Integrationskurse, Angebote zur Elternbildung, sprachliche Frühförderung für Kinder im Vorschulalter mit rund 270 Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Bei den 11 anderen Projekten handelt es sich um Angebote wie z.B. Aufgabenhilfe für fremdsprachige Kinder in der Primarschule, Mitfinanzierung der Dolmetschervermittlungsstelle im Kanton, Begegnungsmöglichkeiten zur Unterstützung der sozialen Integration. Von diesen Angeboten haben rund 330 Personen profitiert.
- Im Bereich der Integrationsförderung von anerkannten Flüchtlingen und vorläufig aufgenommenen Personen nahmen rund 140 Personen an Informations- und Sprachkursen teil. Ungefähr ein Dutzend Personen, die über genügend Sprachkenntnisse verfügen, wurden im Hinblick auf eine Erwerbstätigkeit in bestehende arbeitsmarktliche Massnahmen des Amtes für Industrie, Gewerbe und Arbeit (KIGA) integriert.

Für das Jahr 2010 plant der Kanton, die Angebotspalette an integrationsfördernden Massnahmen in zusätzlichen Regionen des Kantons bedürfnisgerecht zu erweitern. So finden dieses Jahr erstmals im Mesocco, im Engadin und in Davos subventionierte niederschwellige Sprachkurse statt. Ein weiterer Schwerpunkt bildet die Zusammenarbeit mit den Gemeinden und den Ausländerorganisationen sowie deren Einbindung in die kantonale Integrationsarbeit. Ausserdem wird der Informationsvermittlung mit Erstinformationen für Neuzuziehende ein grosser Stellenwert beigemessen und in diesem Kontext eine kantonale Webseite zur Integration aufgebaut sowie die Schaffung eines Kompetenzzentrums Integration geprüft.

Auskunftspersonen:

- Regierungsrätin Barbara Janom Steiner, Vorsteherin Departement für Justiz, Sicherheit und Gesundheit, Tel. 081 257 25 01
- Patricia Ganter Sonderegger, Integrationsdelegierte, Amt für Polizeiwesen und Zivilrecht, Tel. 081 257 36 81

Gremium: Regierung

Quelle: dt Standeskanzlei Graubünden

Data: 24.03.2010